

Die Wahlen in den USA und ihre Auswirkungen auf die Zukunft

Die Wahl zwischen Trump und Biden wurde gerne als Schicksalswahl tituiert, die Einfluss auf die Entwicklung der Vereinigten Staaten, wenn nicht sogar der Welt, hat. Wie viel verändert die Wahl tatsächlich? Hat ein amerikanischer Präsident die Macht, die Zukunft zu gestalten und macht er dies auch? Die WGZF hat sich die Politik amerikanischer Präsidenten angesehen und die Entwicklung der Welt auf deren Auswirkungen hin untersucht. Das Ergebnis war überraschend.

Die wissenschaftliche Gesellschaft für Zukunftsforschung (WGZF) analysierte die Einflussfaktoren auf die Entwicklung der letzten zweihundert Jahre. Aus den Ergebnissen hat sie ein Modell abgeleitet, das die Veränderlichkeit der zukünftigen Entwicklung berücksichtigt. Laut dieser GEN Zukunftsanalyse® der WGZF ist die Politik ein wesentlicher Treiber der gesellschaftlichen Entwicklung. Sowohl die Gesetzgebung wie auch staatliche Investitionen haben in der Vergangenheit immer wieder deutliche Entwicklungsschübe ausgelöst. Es waren nicht die Konsumausgaben oder gesellschaftliche Regulierungen, die die Gesellschaft verändert haben, sondern ganz gezielte Herausforderungen für die Forschung eines Landes. Das heißt, dass der amerikanische Präsident als einer der einflussreichsten Politiker und Chef der größten Volkswirtschaft der Welt eigentlich einen ganz besonders starken Einfluss auf die Zukunft haben müsste. Eine langfristige Untersuchung von Regierungen und ihren Auswirkungen auf die gesellschaftliche Entwicklung zeigt die Zusammenhänge auf. Dabei wurden sowohl besonders einschneidende politische Entscheidungen in der Antike wie auch die kontinuierliche Entwicklung der letzten zweihundert Jahre in den

USA und Zentral-Europa mit Schwerpunkt Deutschland, Großbritannien und Frankreich untersucht.

Zunächst einmal ist festzustellen, dass die Relevanz der Politik nicht allein auf den Regierungschef bzw. Präsidenten zu beziehen ist, sondern auf den Regierungsapparat insgesamt. Das gilt insbesondere bei schwachen Persönlichkeiten, die sich nur eingeschränkt in der politischen Elite behaupten können oder in föderalen Systemen, bei denen verschiedene politische Strömungen wesentlichen Einfluss haben. Dies ist zum Beispiel in den USA der Fall, wenn das Repräsentantenhaus eine andere politische Mehrheit hat als der Präsident repräsentiert oder in Deutschland, wenn der/die Bundeskanzler/in keine Mehrheit im Bundesrat findet.

Die Regierungen als Gesamtes haben einen deutlichen langfristigen Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung, indem explizit oder implizit durch Gesetze Forschungen durchgeführt oder Verhaltensweisen auferlegt werden. Bei vielen herstellbaren Zusammenhängen waren die Auswirkungen für die Gesellschaft ursprünglich nicht beabsichtigt. Entwicklungen wurden mit staatlichen Geldern unterstützt, um anderen, meist militärischen Zwecken, zu dienen. Hierfür sind die atomare Forschung im zweiten Weltkrieg, die Entwicklung der Drohnen in den letzten Jahrzehnten und der Aufbau des Arpanet-Netzwerkes als Vorläufer des Internet Beispiele. Im Rahmen der Militärausgaben standen historisch gesehen besonders viele Forschungsgelder zur Verfügung. Der Aufbau des Arpanet und des späteren IP-Protokolls für das Internet sind gleichzeitig Beispiele, dass staatliche Einflussnahme nicht unbedingt von der Initiative des Präsidenten abhängt. Sowohl die US-Präsidenten Lyndon Johnson wie auch Richard Nixon haben sich nicht durch ihre Weitsicht und militärische Investitionsfreudigkeit nach dem Vietnamkrieg hervorgetan. Und doch trieb die Militärführung und staatliche Bildungseinrichtungen eine Entwicklung eigenständig voran, die zwanzig Jahre später als Internet die Welt reformieren sollte.

Anders war es zum Beispiel im ausgehenden 19. Jahrhundert als Frankreich zur führenden Automobilnation in Europa aufsteigen konnte, weil insbesondere durch Jean-Baptiste Colbert für Ludwig XIV. und dann fortgesetzt durch Ludwig XV. der Straßenbau in Frankreich systematisch gefördert wurde. Ein Gleiches gilt für die Raketentechnik, die von Chruschtschow auf russischer und Eisenhower auf amerikanischer Seite vorangetrieben wurde, um die Vorherrschaft über das All zu erlangen oder die Gesetzgebung zur stärkeren Abgasregulierung, die viele Patente in der Abgasreinigung nach sich zog.

Im konkreten Fall der US-Wahl geht weder aus dem politischen Programm des zukünftigen Präsidenten Biden noch aus den Aktivitäten des noch amtierenden Präsidenten irgendeine Gesetzesinitiative oder staatliche Investition hervor, die Einfluss auf die gesellschaftliche Zukunft nehmen könnte. Von daher ist diese US-Wahl für die langfristige Entwicklung der Welt ein sogenanntes Non-Event – ein einflussloser Vorgang. Die reduzierte internationale Zusammenarbeit seitens der USA führt bisher nicht zu einer Veränderung der internationalen Organisationsstruktur. Der internationale Egoismus ist kein spezifisch amerikanisches Problem und wird sich mit einer Wahl Bidens nicht lösen. Es gibt lokal kleinere nachhaltige Auswirkungen durch zum Beispiel die Ausweitung der Fracking-Lizenzen. Damit zerstört die USA aber lediglich die eigene Küstenregion. Das ist traurig, hat aber keinen gesellschaftlichen Umbruch zur Folge. Die unterschiedliche Betonung vom Gesundheitswesen, von COVID19-Massnahmen oder Handelsabkommen führt allenfalls zu kurzfristigen Verwerfungen. Auch das Verschuldungsproblem bleibt unter dem neuen Präsidenten bestehen. Lediglich die innere Zerrissenheit der USA könnte sich unter einem Präsident Biden reduzieren. Die entgegengesetzte Ausrichtung von Repräsentantenhaus und Senat reduziert den zukunftsweisenden Einfluss von Präsident und Kongress. Es bleiben die Projekte auf operativer Ebene. Aus diesen, soweit sie bekannt sind, ergeben sich unverändert Impulse zum Beispiel

für die künstliche Intelligenz, Automation und Biotechnologie. Für die Wirtschaft bedeutet es eine freiere Entfaltung und mehr Raum für eigene Entwicklungen.

Den nachhaltigsten Einfluss für die Gesellschaft in dem US-amerikanischen Raum hat die veränderte Besetzung des Supreme Courts. Es ist damit zu rechnen, dass in den nächsten Jahrzehnten eine eher konservative Auslegung der amerikanischen Verfassung dominiert. Im konkreten bedeutet dies eine Festigung bestehender gesellschaftlicher Strukturen und konstantere Rahmenbedingungen.

Weiter Informationen unter:

wgzf
wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft für Zukunftsforschung
Postfach 71 01 21
81451 München
info@wgzf.de
Fax +49-89-30 65 75 95